



Verein

Schutzgemeinschaft

zur Verminderung schädlicher Auswirkungen
des Innsbrucker Flughafens

Nr. 7

Information 3/90

Juli/September

Innverlegung: neues Biotop und kleine Au

Innsbruck
...sch machbar. Dies ist da... gebi...
ner Studie, die dem Aufsichtsrat der Flughafenbetriebsgesellschaft vorgelegt wurde.

Seit langem ist diese Sicherheitszone im Gespräch, um zu verhindern, daß bei Unfällen beim An- und Abflug sich Flugzeuge in die Innböschung bohren und explodieren, bzw. in den Fluß stürzen. Dazu müßte der Inn flußabwärts von der Autobahnzubringerbrücke nach Westen verlegt werden. Die Entscheidung darüber ist allerdings noch nicht spruchreif, denn es wurde von den Aufsichtsratsmitgliedern ein Umweltverträglichkeitsgutachten verlangt, das frühestens im Herbst vorliegen wird.

Die Planungen würden angenehme Auswirkungen haben: denn ähnlich wie die „alte Donau“ in Wien oder der „alte Rhein“ in Vorarlberg würde es bei einer Verlegung einen toten Arm des Inns geben. Dort wäre es möglich, Einrichtungen für Wassersport und Badestrände zu schaffen. Bei einem positiven ökologischen Gutachten würde dies auf der Innsbrucker Seite ein Naherholungsgebiet bedeuten, wo neue Biotop und eine kleine Au entstehen könnten. Der Bevölkerung werden die Pläne im Herbst vorgestellt. Ausgeschlossen bleibt durch dieses Projekt auch die Verlängerung der Start- und Landebahn, betonte Direktor Jilg.

T.T. vom 21.6.1990

Innverlegung für Startbahn

INNSBRUCK. „Das Projekt der Innverlegung zur Errichtung einer Schutzzone beim Flughafen kann schlichtweg als Schnapsidee bezeichnet werden!“ lautet die prompte Reaktion der Österreichischen Gesellschaft für Ökologie (ÖGÖ) auf die Meldung in der gestrigen Ausgabe der Tiroler Tageszeitung. In einem offenen Brief an Direktor Hans Jilg schreibt der ÖGÖ-Tirol-Geschäftsführer Dipl.-Ing. Dr. Helmut Seidl, daß hier Betroffene und Politiker für dumm verkauft werden sollen. Erst werde mit der Gefährdung der Spaziergänger am Inn argumentiert, jetzt aber einer wesentlich größeren Zahl an Erholungssuchenden zugemutet, sich in der Gefährdungszone aufzuhalten.

Im Grunde gehe es der Flughafenbetriebsgesellschaft nur um eine Verlängerung der Startbahn in Richtung Völs, was trotz aller Dementis offensichtlich sei, schreibt Seidl weiter. Er wolle allerdings klarstellen, daß er keineswegs gegen die Existenz des Flughafens in seiner jetzigen Form sei. Vor allem dann nicht, wenn die Betriebszeiten, die Zahl von Starts und Landungen sowie die Lärmbelastung endlich reduziert würden, wofür eine Lärmmeßanlage unumgänglich wäre, schloß Seidl.

T.T. vom 23.6.1990

Aus: "Airport-Information 1/90"

Immer öfters sind in Innsbruck auch Großraumflugzeuge zu sehen. Air France, Lufthansa, Martinair, Air Holland haben bereits den Airbus A 310 bzw. die Boeing 757-200 nach Innsbruck eingesetzt. Der Trend zu größeren Maschinen wird in der Flughafen-Chefetage sehr begrüßt, da mit weniger Flugbewegungen einerseits mehr Passagiere befördert werden und andererseits die Lärmbelastung verringert wird.

Nebenstehende Information des Flughafens ist als Bestätigung dafür anzusehen, daß der beabsichtigte Ausbau des Flughafens für immer größere Flugzeuge erfolgen soll. Keineswegs ist jedoch beabsichtigt, die Flugbewegungen damit zu reduzieren. Im Gegenteil! Zu den bisherigen Flugzeugen würden in Zukunft immer mehr Großraumflugzeuge in Innsbruck landen. Auch der derzeitige Bau eines modernst ausgestatteten Towers spricht dafür - Kosten: 30 Millionen !! Größere Flugzeuge sind größere Luftverschmutzer und keineswegs ein Garant für eine leisere Zukunft.

Schutzgemeinschaft

zur Verminderung schädlicher Auswirkungen
des Innsbrucker Flughafens

An die
verantwortlichen Politiker
in Stadt, Land und Bund

1990-06-02

Betrifft: Flughafen Innsbruck
Innverlegung, Ausbaumaßnahmen

Sehr geehrte Herren!

Wie ein Virus tauchen in Innsbruck von Zeit zu Zeit immer wieder verrückte Pläne auf. Diesmal will man den Inn "verrücken". Während einige Bürger solches Ansinnen als verfrühten Aprilscherz betrachteten, ärgerten sich andere darüber, daß Politiker ihre kostbare Zeit für solche Dinge verschwenden. Es gibt genügend wahrhaftig dringende Probleme in unserer Stadt.

Unsere Schutzgemeinschaft erlaubt sich zum Thema "Innverlegung", dem weiteren Ausbau des Flughafens und der beabsichtigten Frequenzsteigerung folgende Stellungnahme abzugeben:

- 1) Seitens des Verkehrsministeriums wurde uns immer wieder versichert, daß der Innsbrucker Flughafen sicher ist. Unsere Schutzgemeinschaft lehnt daher jede weitere Ausbaumaßnahme wie Innverlegung, Errichtung von Anflugverfahren im Westen usw. strikt ab. Diese dienen zweifelsohne weniger der Sicherheit, als vielmehr einer beabsichtigten Frequenzsteigerung, die für die Anrainer jedoch absolut untragbar ist. Im Gegenteil: Man müßte als ersten Schritt beginnen, den motorisierten Sportflugverkehr zu reduzieren und dann für den gesamten Flugverkehr ein Zahlenlimit festsetzen.
- 2) Am westlichen Ende der Piste ist man nun bestrebt, den "gesetzlichen Zustand" nach internationalen Richtlinien durch Verlegung des Inns herzustellen. Seit Jahren weisen wir darauf hin, daß im Osten, d.h. im Siedlungsgebiet, die nach internationalen Richtlinien vorgeschriebene Sicherheitszone fehlt. Die Piste wurde viel zu nahe an das bereits bestehende Siedlungsgebiet herangebaut. Dieser ungesetzliche Zustand stört aber offenbar keinen Politiker. Dort geht es ja "nur" um die Rechte der Bevölkerung, während der Ausbau im Westen den Geschäftsinteressen der Flughafenbetriebsgesellschaft dient. Somit wird wieder einmal deutlich, welchen Stellenwert die Bürger in unserem Lande haben! Warum wurde seinerzeit der ungesetzliche Zustand seitens Stadt, Land und Bund sanktioniert?
- 3) Der Hochwasserdamm ist nur eines der 66 (!) vom Luftfahrtministerium aufgelisteten Luftfahrthindernisse in der Sicherheitszone. Es drängt sich die Frage auf, wann auch die übrigen 65 Luftfahrthindernisse beseitigt werden, um den "gesetzesmäßigen Zustand" herzustellen?
- 4) Der Fuß- und Radweg westlich der Piste existierte schon vor dem Flughafen. Warum wurde seitens Stadt, Land und Bund bewilligt, die Piste so nahe an diesen Fußweg heranzubauen, trotz der Ungesetzlichkeit?
- 5) Wenn die Flughafeneigentümer (Stadt, Land und Bund) seinerzeit einen ungesetzlichen Zustand geschaffen haben, so ist wohl die logische Konsequenz daraus, den gesetzlichen Zustand dadurch wieder herzustellen, daß die Piste verkürzt wird.
- 6) Bürgerinitiativen wird von den Politikern so gerne das "Florianiprinzip" vorgeworfen. Was die Politiker beabsichtigen, ist Floriani-Prinzip in Reinkultur. Was jedoch die Innsbrucker nicht akzeptieren, wollen auch die Völser nicht!
- 7) Durch vermehrte Starts nach Westen ist im Osten nord-, ost- und südseitig der Piste ein viel größerer Bevölkerungsteil vom fürchterlichen Startlärm betroffen. Das werden sich die zahlreichen Betroffenen auf Dauer nicht bieten lassen!
- 8) Der Innsbrucker Flughafen wurde ursprünglich als Regionalflughafen errichtet und dann unter BM Lugger überdimensional ausgebaut. Er kann aufgrund der Gegebenheiten auf Dauer kein internationaler Flughafen sein und sollte deshalb rückgebaut werden. Der nächste Großflughafen liegt keine 100 km von Tirols Grenze entfernt.
- 9) Der Flughafen Innsbruck soll zwar kostendeckend arbeiten, in Hinkunft jedoch auf Gewinne verzichten. Dies hat unsere Bürgerinitiative schon vor Jahren vorgeschlagen. Vor kurzem haben dies die Stadt und das Land Salzburg für den Salzburger Flughafen beschlossen. Wir dürfen hoffen, daß Tirols Politiker mit derselben Vernunft gesegnet sind und erwarten dieselbe Maßnahme auch für den Innsbrucker Flughafen.
- 10) Wir können schon jetzt voraussagen, daß bei Fortsetzung der derzeitigen Entwicklung - jährlich ca. 13 Prozent Steigerung - in den nächsten Jahren auf den Innsbrucker Flughafen ein derart massiver Druck entstehen wird, daß alle Ausbaupläne im dichtbesiedelten Inntal eine Absurdität darstellen. Nicht nur der Lärm, sondern auch die Luftschadstoffe, die in einem weit größeren Ausmaß vorhanden sind als dies seitens des Flughafens zugegeben wird, werden bei notwendigerweise wachsendem Umweltbewußtsein und zunehmenden Umweltschäden nicht länger akzeptiert werden.

Sollte seitens der Politiker trotz all dieser Gegenargumente eine Entscheidung für den Ausbau des Flughafens und eine weitere Frequenzsteigerung erfolgen, dann wird unsere Schutzgemeinschaft im Interesse der betroffenen Bürger sicher nicht tatenlos zusehen.

Wir hoffen auf einen Sieg der Vernunft und zeichnen

Flughafen ohne Gewinne

SALZBURG (SN). Der Salzburger Flughafen soll in Zukunft keine Gewinne mehr machen dürfen, sondern nur noch nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeiten. Diese Forderung erhob Montag die Salzburger Landesregierung. Mit dieser Änderung der Unternehmensziele soll erreicht werden, daß der Flugverkehr in Salzburg nicht weiter ausgeweitet wird. Die neuen Unternehmensziele, die auch einen Verzicht auf die Absenkung und Überdachung der Westautobahn im Flughafenbereich vorsieht, werden am kommenden Montag in der Generalversammlung der Flughafenbetriebsgesellschaft vom Viertel-Eigentümer Land beantragt. Die Stadt Salzburg, ebenfalls 25-Prozent-Eigentümer, wird dem Antrag zustimmen. Die Entscheidung liegt also beim Bund, der 50 Prozent der Anteile hält. (Seite 15)

mit vorzüglicher Hochachtung
für die Schutzgemeinschaft:

Schriftführer: *di. Egger*

Obfrau: *H. Reich*

Weiterhin Festhalten an "Schnapsidee"?

Obiger Brief an "Alle verantwortlichen Politiker in Stadt, Land und Bund" wurde lediglich von Herrn LH Partl beantwortet - in einer für uns unbefriedigenden Weise. Alle anderen führenden Politiker in Stadt, Land und Bund hielten sich anscheinend für nicht "verantwortlich". Abgesehen vom engagierten Str. Dr. Rettenmoser, Herrn DDr. Niederwieser (Vizebürgermeister in Völs), Herrn Pechlaner (SPÖ Hötting) und Herrn NR. Dr. Lothar Müller zeigt die SPÖ kein Interesse an Flughafenproblemen. Auch das Schweigen der FPÖ bedeutet für die betroffenen Bürger keine "Erfrischung". Auf ein neuerliches Schreiben, persönlich an alle zuständigen Politiker in Stadt und Land gerichtet, antworteten BM Niescher und LH Partl. Seit Jahren sind dem Vorstand der Schutzgemeinschaft die Ausbaupläne im westlichen Flughafenbereich bekannt, er war jedoch der Meinung, daß aufgrund der Stadtentwicklung und der Erfahrungen im Straßenbau solche unzeitgemäßen Planungen nicht mehr realisiert würden. Bereits im Dezember 1989 mußten wir jedoch erfahren, daß in ÖVP-Kreisen diese Sache als fix gilt (siehe unser Informationsblatt 1/1990!). Es ist daher sehr erstaunlich, wenn unser ÖVP-BM Niescher am 2.8.90 schreibt: "Bisher war das Thema Innverlegung der Stadtgemeinde Innsbruck offiziell nicht bekannt. Der Direktor der Flughafenbetriebsgesellschaft OAR i.R. Hans Jilg hat mir erstmals am 23.7.1990 diese Planunterlagen überreicht.....". Dies entspricht nicht der Wahrheit! Wahr hingegen ist, daß sich das Stadtplanungsamt schon seit langer Zeit mit Jilg's Plänen befaßt und das Thema Innverlegung in der Stadtsenats-sitzung vom 9.5.1990 auch behandelt wurde.

Weiters teilt Herr BM Niescher mit, daß die vom Flughafen in Auftrag gegebenen Gutachten abgewartet werden, ehe sich der Stadtsenat entscheidet. Laut Flughafendirektor Jilg wird das Projekt im Herbst vorgestellt werden. Wir fordern dazu eine öffentliche Diskussion in Anwesenheit der zuständigen Politiker und ersuchen die betroffene Bevölkerung um eine rege Stellungnahme!

Eine Ausweitung der Sicherheitszone im Westen würde in Zukunft - auch ohne Pistenverlängerung - eine wesentlich stärkere Auslastung des Flughafens erlauben und selbstverständlich würde die Flughafenbetriebsgesellschaft dies im Sinne der angestrebten Frequenzsteigerung von 50 Prozent auch nützen. Dies erklärt auch die 40 Millionen-Investition, die selbstverständlich nur durch eine entsprechende Frequenzsteigerung wieder wettgemacht werden könnte.

Öko-Experten bezeichnen den weiteren Ausbau von Flughäfen als wirtschaftlichen Unsinn, da zur Verringerung des schädlichen Einflusses auf das Klima (Zerstörung der Ozonschichte, Treibhauseffekt usw.) es zwingend notwendig wird, den Flugverkehr weltweit zu beschränken. Auch die Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz hat bei ihrer Tagung in Feldkirch/Vorarlberg im Juni dieses Jahres in einer Resolution an die Minister Dr. Streicher und Dr. Fleming ein Einfrieren der Flugbewegungen auf den Stand von 1990 und eine Reduzierung des Kurzstreckenflugverkehrs um 50 Prozent gefordert.

Unterschriftenaktion

Die Lärmpolage, verursacht durch den motorisierten Sportflugverkehr, erregt immer wieder die Gemüter. Zahlreiche, oft recht massive Proteste haben uns zu einer Unterschriftenaktion veranlaßt, wobei von den Bürgern sogar die "Null-Lösung" gefordert wurde, da der motorisierte Sportflugverkehr im Stadtbereich überhaupt nicht tragbar ist. Wieder andere wollten auch samstags ein ganztägiges Flugverbot, für den Sportflugverkehr generell um 17 Uhr Betriebsschluß usw. Unser Vorstand hat alle Forderungen eingehend geprüft und war letztlich der Meinung, daß auch seitens der Bevölkerung eine gewisse Kompromißbereitschaft gegeben sein sollte. Wir glauben, die Forderungen zur Einschränkung des motorisierten Sportflugverkehrs so festgelegt zu haben, daß diese für "Freund" und "Feind" akzeptabel sind. Wir bitten Sie, beiliegende Unterschriftenliste nach Möglichkeit zu füllen. Wir lassen Ihnen für diese Aktion genügend Zeit!

Wir danken den Bürgermeistern von Völs, Herrn Dr. Vantsch und Herrn DDr. Niederwieser sowie dem Bürgermeister von Götzens, Herrn Singer, für die Unterstützung dieser Unterschriftenaktion. In den jeweiligen Gemeindeämtern liegen Unterschriftenlisten zur Mitnahme auf und können auch wieder dort abgegeben werden.

Der Erfolg dieser Aktion hängt von Ihrer Mitarbeit ab!

Dank an unsere Unterstützer

Wir möchten endlich einmal allen, die uns bisher in Sachen Inn-Verlegung und Frequenzsteigerung mit Anträgen im Gemeinderat und Landtag unterstützt haben, unseren Dank aussprechen. Unser besonderer Dank gilt

Herrn Stadtrat Dr. Patek, Alternative Liste Innsbruck (ALI)

Antrag am 30.3.1989 gegen Frequenzsteigerung. Außer der ALI haben alle Fraktionen gegen diesen Antrag gestimmt !

Antrag am 21.3.1990 gegen Inn-Verlegung und Ausbaumaßnahmen. Diesem Antrag wurde vom Gemeinderat die Dringlichkeit nicht zuerkannt (Was nicht auf dem Mist der Großparteien wächst, kann und darf nicht gut sein!)

Herrn Stadtrat Dr. Rettenmoser, SPÖ

Antrag am 29.3.1990 gegen Innverlegung und Frequenzsteigerung um 50 Prozent. Diesem Antrag wurde vom Gemeinderat die Dringlichkeit zuerkannt. Er wurde zur weiteren Bearbeitung an den Stadtsenat verwiesen, ist jedoch bis heute unerledigt!

Herrn Landtagsabgeordneten Franz Klug, Grüne Alternative Tirol (GAT)

Antrag vom 20.2.1990 gegen Inn-Verlegung. Dieser Antrag wurde von der SPÖ unterstützt, ist jedoch noch unerledigt !

Antrag vom 27.4.1990 gegen geplante Frequenzsteigerung. Dieser Antrag konnte nicht eingebracht werden, da im Landtag nur drei Grün-Alternative Landtagsabgeordnete vertreten sind, für einen einzubringenden Antrag jedoch vier Unterschriften erforderlich sind. Kein einziger Landtagsabgeordneter von ÖVP, SPÖ und FPÖ war bereit, diesen Antrag mit seiner Unterschrift zu unterstützen!

Darüber hinaus hat der Gemeinderat von Völs einen einstimmigen Beschluß gegen die geplante Inn-Verlegung und damit auch gegen eine Verlegung der Gemeindegrenze gefaßt (der Inn ist die Gemeindegrenze).

Weitere bemerkenswerte Anträge:

Antrag auf Lärminderung, eingebracht von den Grün-Alternativen im Mai-Landtag 1989, mit der Forderung nach einem gleichlautenden Beschluß wie im Gemeinderat: "Keine lauterer Flugzeuge als die Dash.....". Dieser Antrag wurde an die Landesregierung verwiesen und ist bis heute (!) unerledigt!

Stadtrat Dr. Rettenmoser, SPÖ, hat im April 1990 einen Antrag auf Angleichung der Ruhezeiten für den Sportflugverkehr an die städtische Lärmschutzverordnung eingebracht. (Diese Lärmschutzverordnung verbietet lärmende Haus- und Gartenarbeiten an Sonn- und Feiertagen sowie wochentags zwischen 12 Uhr und 15 Uhr). Dieser Antrag von Str.Dr. Rettenmoser wurde mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ abgelehnt. Bürgermeister Niescher dazu: "Eine Angleichung an die Lärmschutzverordnung geht überhaupt nicht, weil dann an Sonn- und Feiertagen überhaupt nicht mehr geflogen werden darf". Über Vorschlag von BM Niescher wurde die Mittagsruhe von 12,30 Uhr bis 14,30 Uhr festgesetzt. Haben Sie, liebe Mitbürger, die Einhaltung dieser Mittagsruhe schon bemerkt? Nein? Wir auch nicht!

Grün ist nicht grün

Ein Kuriosum am Rande: Der ÖVP-nahe GR, Georg Willi, Grüne Liste Innsbruck/Vereinte Grüne Österreichs (VGÖ) hat sich bereits ohne Vorliegen von Gutachten und Umweltverträglichkeitsprüfung f ü r die Inn-Verlegung ausgesprochen, denn - so seine Meinung - "für die Sicherheit müßte man ja wohl sein". Ebenso hat Herr GR. Willi auch die angestrebte Frequenzsteigerung von 50 Prozent akzeptiert. Als im März d.J. in Völs Lärmmessungen des Verkehrsministeriums durchgeführt wurden, hat uns ein verärgelter Völser davon in Kenntnis gesetzt, daß der "grüne" Willi im Meßwagen des Verkehrsministeriums angefahren kam und sich gegen die Errichtung einer Lärmessanlage ausgesprochen hat. Und überhaupt: "Der hat ja ständig f ü r den Flughafen geredet, was ist denn das für ein "Grüner" - fragte uns dieser aufgebrachte Völser. Wir hingegen fragen uns, ob das nur die Unerfahrenheit eines Polit-Neulings ist, der sich mißbrauchen läßt, oder aber steht er im Dienste der Großparteien, insbesondere der ÖVP ? Braucht es deshalb eine zweite Grünpartei ??

Werden auch Sie Mitglied bei unserer überparteilichen Schutzgemeinschaft!

Mitgliedsbeitrag pro Person und Jahr S 50.--, für Familienangehörige S 20.--. Ihr kleiner Beitrag wird es ermöglichen, Ihnen jene Informationen zu liefern, die Ihnen die Monopolpresse verschweigt.

Auch Spenden und Mitarbeiter sind willkommen !